

ANALYSEN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

INTERNATIONALE POLITIK

PRESSEFREIHEIT IN MEXIKO

KAMPF UM EIN GRUNDRECHT

JANA FLÖRCHINGER



«Die Freiheit, Meinungen, Informationen und Ideen über jedwedes Medium zu verbreiten, ist unverletzlich», heißt es in Artikel 7 der mexikanischen Verfassung. Was in Mexiko ein Grundrecht darstellt, wird für Journalist_innen zu einem Kampf um Informationsfreiheit, gegen Zensur und in vielen Fällen um das eigene Leben. Zwar versorgen unzählige unabhängige Medien Teile der Bevölkerung mit wichtigen Informationen, die in den großen Zeitungen, Fernseh- und Radioprogrammen häufig verschwiegen werden. Der größte spanischsprachige Multimediakonzern Televisa besitzt jedoch einen unvergleichbar hohen Einfluss auf die öffentliche Meinung in Mexiko. Das Gewicht des Medienunternehmens ist nicht zuletzt auch auf die Nähe zur politischen Elite zurückzuführen. Denn insbesondere zur Partei der Institutionellen Revolution (PRI), die über Jahrzehnte ein autoritäres Einparteiensystem aufbaute, unterhält Televisa eine sehr enge Verbindung, was den Sender zuweilen als politischen Akteur auftreten lässt. Un-

terstützt durch lokale, regionale sowie überregionale Medien, die häufig von Akteur_innen aus Wirtschaft, Politik oder organisiertem Verbrechen kontrolliert werden, ist eine Presselandschaft entstanden, aus der kritische Beiträge und verlässliche Informationen zunehmend verschwinden. Angesichts der autoritären Politik und des Mangels an medialer Pluralität leisten unabhängige Medienschaffende, Basisradios, Online-Nachrichtenagenturen und kritische Printmedien seit Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag zur Informationsfreiheit. Sie sind eine unmittelbare und notwendige Reaktion auf die korrumpierte Medienlandschaft. Auch wenn ihre Reichweite vergleichsweise gering ist, leisten sie dennoch einen wichtigen Beitrag, um dem Machtgefüge aus Politik, Wirtschaft und organisiertem Verbrechen etwas entgegenzusetzen. Nicht selten wird diese Form des Journalismus mit Repression, Verfolgung oder gar Ermordung beantwortet.

Jana Flörching

INHALT

Vorwort	2
1 Zwischen Monopol und Basisradio	3
1.1 Einfluss der Massenmedien	4
2 Varianten der Zensur und Strategien des Schutzes	7
2.1 «Die Wahrheit stirbt nicht, indem man Journalist_innen tötet»	7
2.2 Legale Formen der Repression und Selbstzensur	8
2.3 Diffamierung und Kriminalisierung	9
2.4 Politische Kosten	11
2.5 Emanzipative Schutzmechanismen	11
2.6 «Gesetz zum Schutz für Menschenrechtsverteidiger_innen und Journalist_innen»	12
3 Straflosigkeit und Machtvakuum	14
3.1 Der «Krieg gegen die Drogen»	15
3.2 Die Rückkehr der PRI	16
3.3 Reproduktion von Gewaltmustern	17
3.4 Internationale Wettbewerbsfähigkeit	19
3.5 Störfaktoren im politischen Machtgefüge	20
4 Der öffentliche Diskurs	21
4.1 Soziale Kämpfe im Kontext manipulierter Öffentlichkeit	21
5 Fazit	23
Quellen und Literatur	24

VORWORT

Der Zugang zu und die Nutzung von Medien ist Grundlage einer sozial gerechten und selbstbestimmten Gesellschaft. Sowohl professionelle Kommunikationsmedien als auch «Bürgermedien» und soziale Netzwerke spielen dabei eine Rolle. Es ist klar, dass sowohl kommerzielle als auch öffentlich-rechtliche Medien in einer kapitalistischen Gesellschaft die Möglichkeiten einer Berichterstattung beschränken. Dennoch sind auch die Massenmedien in dieser Gesellschaft Teil der Auseinandersetzung und Dank der Arbeit von politisch bewussten Journalist_innen gelangen kritische Themen immer wieder auf die öffentliche Agenda.

Es gibt kein geheimes Medienkartell, das die Fäden im Hintergrund zieht – die wüsten Beschimpfungen der Presse durch die neue völkische Bewegung in Deutschland sind haarsträubend. Genauso absurd ist es, die sozialen Netzwerke für den Wahlerfolg Trumps verantwortlich zu machen. Auch für fortschrittliche und linke Bewegungen sind diese Netzwerke ein wichtiges Forum. Mehr Demokratie und Beteiligung von unten ist stets wünschenswert.

Mexiko ist eines der Länder, in denen heute viel Mut zu der Entscheidung gehört, als Journalist_in zu arbeiten. Ich habe viele junge Menschen kennengelernt, die großen Respekt vor Medienschaffenden wie den im folgenden Text porträtierten haben, sich aber nicht trauen, deren Vorbild zu folgen. Aus gutem Grund, herrscht hierzulande doch das Gesetz von «Silber oder Blei»: Entweder Bestechungsgelder für Hofberichterstattung akzeptieren oder unter lebensbedrohenden Umständen kritischen Journalismus betreiben. Unzählige Medienschaffen-

de kommerzieller, lokaler und alternativer Medien sind bei der Ausübung ihrer Tätigkeit in den letzten Jahren behindert und bedroht worden, Hunderte mussten fliehen und mehr als 100 wurden ermordet. Auch die im positiven Sinne als liberal geltende Hauptstadt ist kein sicherer Hafen mehr, die Mörder trauen sich mittlerweile nach Mexiko-City, während die politisch Verantwortlichen tatenlos zuschauen. Leider hat sich auch das bundesweite Gesetz zum Schutz der Medienschaffenden als nutzlos erwiesen.

Die Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen mit alternativen Medien ist in Mexiko eine Selbstverständlichkeit, viele politische Aktive beteiligen sich an Internet-TV-Programmen, digitalen oder traditionellen Publikationen. Die Kooperation von Bewegungen und kritischen Journalist_innen aus den Massenmedien ist indes auf Einzelfälle beschränkt, zu groß ist das Misstrauen gegen Medienkonglomerate wie Televisa. Dabei haben einige, die sich dort gegen den Maulkorb wehren, bestimmt mehr Solidarität verdient.

Im Sommer 2016 führte Jana Flörchinger mit Unterstützung des Teams im Regionalbüro eine Reihe von Interviews mit Medienschaffenden und Menschenrechtsaktivist_innen, mit denen die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Mexiko seit Jahren zusammenarbeitet. Das Resultat ist diese Publikation zu Pressefreiheit und Gewalt gegen Journalist_innen.

Ich wünsche eine interessante Lektüre.

Torge Löding, Leiter des Auslandsbüros
der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Mexiko,
Zentralamerika und Kuba
Mexiko-Stadt, Dezember 2016

«Journalismus ist Widerstand, ein Kampf um Wahrheit und Freiheit», definiert Gloria Muñoz vom unabhängigen mexikanischen Online-Nachrichtenportal Desinformémonos die Funktion unabhängiger Kommunikationsmedien (Muñoz 2016). Dabei müsse nicht nur für eine gute Berichterstattung gesorgt werden, sondern insbesondere gegen die Meinungshegemonie der Eliten angekämpft werden. Journalismus sei subversiv, Aktivismus, ein kontinuierlicher Kampf mit einer klaren Intention: «Die Welt verändern, Realitäten transformieren, dazu beitragen, dass sie eine bessere wird.» (Desinformémonos 2014: 7)

Unabhängige Medien, die nicht um Einschaltquoten oder Klicks werben, sondern gesellschaftlich relevante Themen auf die Agenda bringen, sind in Mexiko ein alternatives Sprachrohr. Sie berichten über soziale und politische Konflikte, repräsentieren Minderheiten und decken Interessen und Strategien seitens des Staates und des organisierten Verbrechens auf. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zu einer kritischen Öffentlichkeit.

Gloria Muñoz Ramírez ist Journalistin und Aktivistin und gründete 2009 das unabhängige Online-Nachrichtenportal Desinformémonos. Sie veröffentlichte mehrere Bücher zu sozialen Bewegungen und lebte einige Jahre in Chiapas in einer Gemeinde der Zapatistischen Befreiungsarmee, deren Aufstand sie journalistisch, aber auch als politische Aktivistin begleitete. Desinformémonos gilt heute als wichtige Referenz für unabhängige Nachrichten in Mexiko.

Dabei ist die Bedeutung sogenannter Basismedien als besondere Form unabhängiger Medien hervorzuheben. Print, Funk, Theater, Internet und sogar öffentliche Wandgemälde sind vermittelnde Elemente und zeichnen sich durch ihre vielfältigen Partizipationsmöglichkeiten aus. Der Anspruch dieser Art von Kommunikationsmedien liegt in der Reflexion von Debatten, um die Bevölkerung mit relevanten Informationen zu versorgen, die «von, über, für und durch die Basis veröffentlicht werden» (Álvarez Ibarquengoitia 2011).

Insbesondere Basisradios haben in Mexiko eine lange Tradition und wurden ab Mitte des 20. Jahrhunderts zunächst in abgelegenen Regionen als Bildungsmedien eingesetzt. Mit dem Fortschreiten technologischer Entwicklungen begannen die Sendestationen, über den ländlichen Raum hinaus auch in Städten zu arbeiten. Zentrales Merkmal der freien Radios ist die nichtkommerzielle Selbstverwaltung. Solche Sendekollektive, die auch als Community- oder Piratenradios bezeichnet werden, sind stets mit konkreten sozialen Kämpfen verbunden. Als gemeinschaftlich organisierte Sender mit Nähe zu zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Aktivist_innen dienen sie als verlässliche Quelle unzensurierter Informationen. Wie auch soziale Bewegungen, sehen sich die Kollektive zunehmender Bedrohung durch unterschiedliche Interessengruppen ausgesetzt. Diese äußert sich derzeit vor allem in einer allgemeinen Kriminalisierung regierungskritischer Akteur_innen, gegen die auch die politischen Medienprojekte ankämpfen müssen.

Die Existenz solcher Radioprojekte führt nicht nur zur Fragmentierung media-ler Monopole, sondern insbesondere zu einer Selbstermächtigung von Bevöl-kerungsgruppen, deren Interessen in den Massenmedien unterrepräsentiert, falsch dargestellt oder gar kriminalisiert werden (ebd.). Indem Basismedien die Routine mächtiger Medienunterneh-men unterbrechen und eigene Themen und Perspektiven sichtbar machen, wird ein Bewusstsein für die Bedürfnisse aller Mitglieder in der Gesellschaft mög-lich, und unterschiedliche Ansätze kön-nen diskutiert werden. In diesem Kontext führt eine dezentrale Kommunikation zur Stärkung kultureller Identitäten, weil kein hegemonialer Diskurs von oben diktiert, sondern eine öffentliche Debatte von un-ten partizipativ konstruiert wird.

Die Konkurrenzfähigkeit von Basismedien gegenüber großen Konzernen ist dennoch vergleichsweise gering. Auch wenn Basisradios und -medien in vielen Teilen einen entscheidenden Beitrag zur Demokratie leisten, genügt ihre Reich-weite längst nicht, um die Hegemonie der Massenmedien ins Wanken zu brin-gen. Eine breite Zuhörerschaft kann auf-grund politischer Repression und institu-tioneller Hürden nicht erreicht werden. Es gelingt ihnen daher kaum, demokra-tische Debatten langfristig zu verankern. Basismedien bleiben daher ein Randphä-nomen in der mexikanischen Presselandschaft.

1.1 Einfluss der Massenmedien

Aufgrund des in der Verfassung veran-keren Rechts auf Zugang und Nutzung von Informations- und Kommunikations-technologie vergibt das mexikanische Bundesinstitut für Telekommunikation (IFT) in unregelmäßigen Abständen Li-

zenzen an Radiosender, die nur auf die-
se Weise legal senden können. Da die
meisten Zulassungen an kommerzielle
Radiosender vergeben werden, sind un-
abhängige Stationen dazu gezwungen,
ihr Programm illegal auszustrahlen. Der-
zeit verfügen lediglich 13 Basisradios
über eine Lizenz, mit der sie offiziell und
legal senden dürfen. Alle weiteren 1745
Lizenzen wurden an kommerzielle oder
sogenannte gesellschaftliche Sender
vergeben, die von der Regierung, NGOs
oder Bildungseinrichtungen betrieben
werden. Diese vermeintlich sozialen Sen-
der, die in etwa über ein Viertel der Lizen-
zen verfügen, zeichnen sich durch eine
sehr geringe Reichweite oder durch Re-
gierungsnähe aus. Von größerer Vielfalt
kann daher nicht die Rede sein, zumal
die Lizenzen aller kommerziellen Sen-
der (75 Prozent) unter der Regie von nur
23 Medienkonzernen stehen (Artículo 19
2016 a).

Was sich als institutionalisierte Repres-
sion gegen Basisradios durchsetzt, wie-
derholt sich in einem System von Wer-
beanzeigen, das von der Politik genutzt
wird, um die Hegemonie des Medien-
duopols Televisa und TV Azteca zu schüt-
zen. 2013 gab die mexikanische Regie-
rung unter Präsident Enrique Peña Nieto
umgerechnet über 334 Millionen Euro
allein für Werbekampagnen aus. Kein
Präsident zuvor kam auf eine derart ho-
he Summe, um das eigene Image und
die Politik seiner Partei medial zu vermit-
teln. Dabei wurden 41 Prozent der ge-
samten Ausgaben für Werbekampagnen
an nur zehn von 1433 Unternehmen
ausgezahlt. Im Fernsehsektor wird diese
überaus ungleiche Verteilung noch deut-
licher. Televisa und TV Azteca erhielten
im Jahr 2013 gemeinsam umgerechnet
52 Millionen Euro für die Ausstrahlung

von staatlicher Werbung in entsprechenden Fernsehprogrammen. Damit erhielten lediglich zwei private Fernsehsender 27 Prozent des Budgets für Werbekampagnen der mexikanischen Bundesregierung (Artículo 19/Fundar 2015 a).

Das Problem liegt jedoch nicht allein bei der überaus unverhältnismäßigen Finanzierung durch staatliche Werbekampagnen. Denn zusätzlich herrscht nur wenig Transparenz über den Verbleib der Ausgaben. So kann beispielsweise in einigen Bundesstaaten für den Zeitraum von fast zwei Jahren nicht eindeutig belegt werden, welche Medien für welche Kampagnen wie viel Geld bekommen haben. Weit mehr als die Hälfte der öffentlichen Ausgaben lässt sich nicht nachvollziehen. Für das Jahr 2014 hingegen existieren vollständige Daten, aus denen hervorgeht, dass 83 Prozent der Ausgaben für staatliche Fernsehwerbung (des Präsidenten und der Gouverneure) an die Medienkonzerne Televisa (57,6 Prozent) und TV Azteca (25,6 Prozent) gezahlt wurden (Artículo 19/Fundar 2015b).

Im Falle kritischer Berichterstattung kommt es aufgrund des Systems von Werbeanzeigen häufig zu finanziellen Schwierigkeiten, wenn Politiker_innen oder Parteien Inserate und Werbespots zurückziehen, um Medien unter Druck zu setzen. Dies führt dazu, dass viele Zeitungen oder Sender entweder Inhalte im Sinne der Regierung korrigieren, viel Zeit und Energie darauf verwenden, weitere Finanzierungsquellen aufzutun oder im Zweifelsfall das Medium aufgeben müssen. Die Konsequenzen werden dann nach unten weitergegeben, indem Journalist_innen mit Entlassungen oder Gehaltskürzungen gedroht wird, falls sie nicht entsprechend berichten. Aufgrund der häufig miserablen Entlohnung steigt

zudem der Anreiz, auf lukrative Angebote einzugehen, für die man nichts weiter tun muss, als im Sinne der Regierung oder entsprechender Interessengruppen zu berichten. In der Tat sind «gekaufte» Journalist_innen ein weit verbreitetes Problem (vgl. Durán 2016).

Die hohen Summen, die Televisa und TV Azteca regelmäßig von der Regierung erhalten, verdeutlichen die enge Kooperation zwischen Medien und Politik. Das System staatlicher Werbeaufträge wird zu einem effektiven Mechanismus, um einen freien Informationsfluss zu unterbinden. Televisa kommt dabei eine besondere Rolle zu, da der Sender enge Verbindungen zur Politik und insbesondere zur Regierungspartei PRI pflegt. Selbstredend, dass zahlreiche Politiker mit Telenovela-Darstellerinnen des Senders verheiratet sind und zusätzlich überaus hohe Summen öffentlicher Gelder für Werbeaufträge an den Sender fließen. *The Guardian* berichtete 2012 in einer detaillierten Reportage über eine umfangreiche Werbekampagne des Senders, durch die die öffentliche Meinung über den damaligen Präsidentschaftskandidaten der PRI, Enrique Peña Nieto, und seine Partei verbessert werden sollte (Tuckman 2012). Peña Nieto hatte zu diesem Zeitpunkt kaum noch Rückhalt in der Gesellschaft, weil er als Gouverneur des Bundesstaates Mexiko von 2005 bis 2011 für gravierende Menschenrechtsverletzungen und Korruptionfälle verantwortlich gemacht worden war. Trotz landesweiter Proteste gewann Peña Nieto die Wahl zum Präsidenten.

Dass es sich nicht nur um ein einflussreiches Medium in der mexikanischen Presselandschaft handelt, sondern um einen politischen Akteur, der in der Lage ist, die öffentliche Meinung zu manipulie-

ren, ist allein an diesen Tatsachen deutlich zu erkennen. In einem Land, in dem Printmedien kaum rezipiert werden und viele Haushalte keinen Internetanschluss besitzen, scheint es nicht verwunderlich, dass der Sender, der über regionale und lokale Stationen gratis auch in abgelegenen Regionen empfangen werden kann, ein hohes Maß an Einfluss besitzt. Televisa agiert daher gleichsam als Sprachrohr der Regierung, unterstützt durch zahlreiche weitere regierungsnahen Medien.

In einer Demokratie sei es allerdings die Pflicht des Staates, für Zugang zu Informationen zu sorgen, die für die Öffentlichkeit von Relevanz sind, problematisiert die mexikanische Soziologin und unabhängige Journalistin Marta Durán den Einfluss von Televisa. Denn «eine unabhängige Presse ist das Fundament

demokratischer Prozesse. Unabhängige Berichterstattung bedeutet Gegenmacht zur Hegemonie, und eine Demokratisierung beginnt in einem Land mit dem Zugang zu Informationen.» (Durán 2016)

Marta Durán de Huerta arbeitet als Journalistin für unterschiedliche linke Medien in Mexiko, u. a. für das bekannte Politmagazin *Proceso*. Die Soziologin und Menschenrechtlerin, die auch für internationale Medien tätig ist, erhielt bereits mehrere Auszeichnungen. Durán gilt auch hierzulande als Referenz für soziale Themen und Pressefreiheit in Mexiko und berichtete bereits für deutsche Medien über Gewalt gegen Journalist_innen.

Mit der Aufforderung «Benehmt euch!» (Zavaleta 2015) richtete sich der ehemalige Gouverneur des Bundesstaates Veracruz, Javier Duarte de Ochoa (PRI), 2015 an Pressevertreter_innen. Sein Anliegen war klar: Wer die Ordnung stört, die seine Regierung mühsam aufgebaut hat, muss mit Konsequenzen rechnen. In Zahlen ausgedrückt sind das 17 ermordete Journalist_innen in seiner Amtszeit von 2010 bis 2016, für die niemand verurteilt wurde. Landesweit wurden vergangenes Jahr über 300 Fälle von Aggressionen oder Bedrohungen gegen mexikanische Medienschaffende aufgrund ihrer journalistischen Tätigkeit dokumentiert. Hinzu kommen elf getötete Journalist_innen, vier Morde mehr als im Jahr 2015. Insgesamt wurden seit dem Amtsantritt Peña Nietos im Jahr 2012 27 Journalist_innen ermordet.

2.1 «Die Wahrheit stirbt nicht, indem man Journalist_innen tötet»

Marta Durán arbeitet sowohl für mexikanische als auch für internationale Medien und gehört zu den unzähligen kritischen Medienschaffenden, die bereits Drohungen erhalten oder sogar Gewalt erfahren haben. Im Interview beschreibt sie das Vorgehen und die unterschiedlichen Dimensionen von Gewalt: «Manchmal töten sie deinen Hund oder verprügeln dich. Oder sie entführen dich gleich, um dich dann zu töten.» (Durán 2016) So fasst sie die Willkür der Gewalt zusammen, die von Auftragsmördern oder Handlangern ausgeführt wird, letztlich allerdings auf diffuse Machtstrukturen politischer Eliten zurückzuführen ist. Es sei von unterschiedlichen Faktoren ab-

hängig, wie sich Aggressionen äußern. Da spiele die Region eine Rolle, in der man arbeite, ob dort mächtige Drogenkartelle operieren, und welcher Gouverneur an der Macht sei. Anonymisierte Anrufe oder Nachrichten mit eindeutigen Drohungen oder verstörenden Fotos seien psychisch enorm belastend. An diesem Punkt würden sich viele der Gewaltfügen und sich für eine Selbstzensur entscheiden, weil sie um ihr Leben und insbesondere das ihrer Familien fürchten, so Durán (ebd.).

Die Proteste für Pressefreiheit und gegen Gewalt an Journalist_innen werden jedoch immer lauter. So gelingt es den Protestierenden, eine breitere Öffentlichkeit auf das Problem aufmerksam zu machen, auch wenn Bedrohungen oder Körperverletzungen für viele Medienschaffende zum Alltag gehören. Auf den Transparenten der Demonstrant_innen ist daher immer wieder zu lesen: «*No se mata la verdad matando periodistas*» (Die Wahrheit stirbt nicht, indem man Journalist_innen tötet).

In die lange Liste direkter Gewaltausübung, die nicht selten Mord und Folter einschließt, reihen sich zusätzlich Einbrüche, das Vernichten von Materialien oder Anschläge auf Redaktionen ein. Richten sich die Angriffe gegen Journalistinnen, lassen sich besondere Muster erkennen, die häufig zur Entwürdigung der Reporterin als Frau führen sollen. Gloria Muñoz berichtet im Interview von eigenen Erfahrungen, als Unbekannte in ihre Wohnung eindrangen und nicht nur Unterlagen und Geräte zerstörten, sondern auch ihre Unterwäsche aus den Schubladen rissen, um sie auf dem Bett zu verteilen.

Ein Angriff auf sie als Medienschaffende wird in diesem Fall zusätzlich zum Angriff auf ihre weibliche Intimität. Es reicht nicht aus, die Wohnung zu verwüsten und Material zu stehlen, sondern die Täter_innen versuchten auch, die Würde der Frauen anzugreifen, beschreibt Muñoz das Vorgehen (ebd.).

«Patriarchale Macht wird nicht gerne hinterfragt», erklärt Lucía Lagunes von der feministischen Nachrichtenagentur Cimac (Comunicación e Información de la Mujer), bei der die Sichtbarkeit sozialer Interessen im Kontext geschlechtlicher Vielfalt im Fokus steht. Wenn die Auswirkungen des Patriarchats von Frauen infrage gestellt werden, erhöhe sich mit dem gefühlten Machtverlust auch das Gewaltpotenzial. «Daher weist Gewalt gegen Journalistinnen meist besondere Merkmale auf», so Lagunes. Wenn Korruption und kriminelle Praktiken als Auswüchse eines kapitalistisch-patriarchalen Systems von einer Frau kritisiert werden, wird dies als doppelter Angriff auf gegenwärtige Machtstrukturen wahrgenommen, erklärt Lagunes den Zusammenhang von sexualisierter Gewalt und Aggressionen gegen weibliche Medienschaffende. Es sei daher wich-

Lucía Lagunes ist Mitbegründerin und seit 2005 Direktorin des Nachrichtenportals Cimac (Comunicación e información de la mujer – Kommunikation und Information der Frau), das nicht nur sexistische Berichterstattung sichtbar macht und sexualisierte Gewalt gegen nichtmännliche Medienschaffende thematisiert, sondern auch feministische Alternativen zum vorherrschenden Journalismus bietet.

tig anzuerkennen, dass Gewalt gegen Journalisten selten die Schwelle sexualisierter Gewalt überschreitet, während Aggressionen und Bedrohungen gegen Journalistinnen häufig gezielt deren Intimität verletzen. Die Bedeutung sexualisierter Gewalt gegen Journalistinnen müsse daher berücksichtigt werden, fordert Lagunes. Denn in der Debatte über Zensur und Gewalt gegen Medienschaffende werde diese Perspektive bisher vernachlässigt. Man gehe davon aus, dass alle Journalist_innen dem gleichen Gewaltpotenzial ausgesetzt seien und somit eine Anerkennung spezieller Gewaltformen nicht notwendig sei (Lagunes 2016). Um allerdings effektive Maßnahmen zur Bekämpfung der Situation und Schutzmechanismen für alle Journalist_innen entwickeln zu können, ist es unerlässlich, Dynamiken und Muster von Gewalt gegen Journalistinnen zu analysieren.

2.2 Legale Formen der Repression und Selbstzensur

Während Gewaltformen wie Morddrohungen, Folter, Vergewaltigung und Einbruch eine relativ hohe mediale Aufmerksamkeit erreichen und damit leichter verurteilt werden können, sehen sich Journalist_innen zusätzlich mit einem breiten Spektrum an weniger brutalen Methoden konfrontiert, die auf subtilere Weise ebenfalls zur Zensur führen.

Sanjuana Martínez wurde mehrfach für ihre journalistische Arbeit ausgezeichnet, unter anderem 2014 von Reporter ohne Grenzen als Reporterin des Jahres. Nachdem Martínez im Jahr 2013 in einer Reportage eindeutige Beweise über direkte Verbindungen des damaligen Vorsitzenden der Partei der Demokratischen Revolution (PRD), Jesús Ortega, zu krimi-

nellen Organisationen der Zwangsprostitution und des Menschenhandels veröffentlichte (Martínez 2013 a, b), klagte sie der ehemalige Parteivorsitzende wegen Diffamierung und falscher Beschuldigung an. Während des Prozesses kam es dann zu zahlreichen Zwischenfällen, die ihr und ihren Anwält_innen eine ordentliche Verteidigung kaum ermöglichten.

Nachdem ihre Akte mehrmals «verloren ging» und neu aufgesetzt werden musste, wurde der Fall durch unterschiedliche Instanzen an verschiedenen Gerichten verhandelt, ohne dass Martínez oder ihre Verteidiger_innen Einfluss darauf hatten. Die Anhörungen fanden in verschiedenen Regionen des Landes statt, sodass sie immer wieder sehr kurzfristig an unterschiedliche Orte reisen musste, was nicht nur Zeit und Geld kostete, sondern auch psychischen Druck aufbaute. Die Absurdität des Verfahrens gegen Martínez wurde einmal mehr deutlich, als Ortega ihr anbot, die Klage fallenzulassen, wenn sie ihm die Identität der betroffenen Frauen mitteilte, die sie interviewte. Im April 2016, zwei Jahre nach Erscheinen ihres Artikels, kam es zu einem Urteil, über das Martínez jedoch nicht informiert wurde. Bei Twitter erhielt sie Nachrichten, in denen sie als Rufmörderin bezeichnet wurde und vom Triumph Ortegas die Rede war. Auf diese Weise erfuhr sie, dass sie zu einer Geldstrafe verurteilt worden war und den Prozess verloren hatte. Ihr Grundrecht auf einen fairen Prozess wurde negiert, da sie keine Möglichkeit hatte, sich zu verteidigen oder Einspruch einzulegen. Es handelt sich hier um eine Art der Zensur, mit der Medienschaffende zum Schweigen gebracht werden, «weil ihre Psyche irgendwann nicht mehr mitspielt», beschreibt Durán die Auswirkungen dieser Art von

Gewalt. Denn diese Formen gerichtlicher Schikane führen dazu, dass nicht nur die finanziellen Ressourcen der Betroffenen erschöpft werden, sondern sie zusätzlich mit der psychischen Belastung umgehen müssen, nicht zu wissen, welche Ungerechtigkeit als nächstes auf sie warten könnte (vgl. Durán 2016).

Im Fall des weniger bekannten Journalisten und Aktivisten Pedro Canché Herrera, der im Bundesstaat Quintana Roo über Kämpfe um Anerkennung der indigenen Bevölkerung berichtet, kam es nicht einmal zu einem Prozess, sondern gleich zu einer unbegründeten Festnahme. Bereits zuvor hatte Canché mit Publikationen Proteste gegen eine Erhöhung der Tarife für Trinkwasser in der Region begleitet und dabei wiederholt scharfe Kritik am Gouverneur des Bundesstaates geübt. Obwohl die Nationale Menschenrechtskommission eine Freilassung des Journalisten forderte und sogar das Landgericht Quintana Roo Unregelmäßigkeiten bestätigte, kam Canché erst nach mehreren Monaten wieder frei (Reporteros Sin Fronteras 2015). Während seiner Haft wurde er gefoltert. Damit wurde seine Arbeit nicht nur kriminalisiert, sondern auch versucht, ihn durch körperliche Gewalt der Selbstzensur zu unterwerfen.

Diese Formen der Zensur, an denen staatliche Institutionen beteiligt sind, offenbaren das Ausmaß des Machtgefüges, gegen das viele Aktivist_innen und Journalist_innen ankämpfen. Nicht einmal bei der engagierten Radiojournalistin Carmen Aristegui, eine der wenigen überregional bekannten kritischen Stimmen, zeigt die politische Elite Skrupel. Nachdem sie in ihrer Radiosendung immer wieder Politskandale aufdeckte und tagtäglich regierungskritische Nachrichten

ten sendete, entließ der von öffentlichen Werbeeinnahmen abhängige Privatsender MVS sie und ihr Team fristlos und ohne Vorwarnung. Kurz zuvor hatte sie in ihrer Sendung einen schwerwiegenden Immobilienskandal um die Frau des Präsidenten Enrique Peña Nieto veröffentlicht und damit eine landesweite Debatte über korrupte Politiker_innen ausgelöst, die insbesondere Abgeordnete der PRI in Erklärungsnöte brachte. Die Journalistin kämpft seit Jahren gegen gerichtliche Schikanen, weshalb ihre Entlassung auch in diesem Kontext zu bewerten ist. Es liegt nahe, dass die Regierung Druck auf den Sender ausübte, um den Einfluss ihrer regierungskritischen Sendung endgültig zu stoppen.

Die Fälle von Martínez, Canché und Aristegui reihen sich in eine lange Liste von Repressionen ein, die unmittelbar von staatlichen Institutionen ausgehen. Dabei legen diese Formen der Einschüchterung offen, wie eng Politik, Justiz und organisiertes Verbrechen zusammenarbeiten, um eine kritische Presse zu verhindern (vgl. Pastrana 2016).

2.3 Diffamierung und Kriminalisierung

Während manche Journalist_innen bestochen werden, verschreiben sich andere freiwillig den Interessen der Mächtigen. Zentrales Problem ist dabei ein öffentlicher Diskurs, der sich nicht an Fakten, sondern an machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen orientiert. Eine wichtige Auswirkung ist die damit einhergehende Diffamierung von Medienschaffenden. So werden kritische Journalist_innen häufig bezichtigt, Verbindungen zum Drogenhandel zu pflegen oder Teil eines kriminellen Netzwerkes (gewesen) zu sein, nachdem sie

Aggressionen erfahren oder gar ermordet wurden.

Im Fall von Jesús Lemus Barajas wird dieses Vorgehen besonders deutlich. Lemus berichtet seit über 20 Jahren über das organisierte Verbrechen im Bundesstaat Michoacán. Während im Jahr 2008 dem von der damaligen Regierung Felipe Calderons ausgerufenen «Krieg gegen die Drogen» nicht nur Kriminelle, sondern auch zahlreiche Oppositionelle zum Opfer fielen, wurde Lemus während der Recherchen über die Verbindungen des Drogenhandels in der Region verhaftet. Ihm wurde vorgeworfen, selbst mit Drogen zu handeln, weshalb man ihn in ein Hochsicherheitsgefängnis einsperrte, Zelle an Zelle mit Drogenbossen und Schwerverbrechern. Repressionen, die kritische Journalist_innen erfahren, werden durch angebliche kriminelle Verbindungen legitimiert und gleichsam in die Verantwortung der Betroffenen verschoben. Hintergründe und Motive werden dabei verschleiert und Verantwortliche bleiben unbestraft, erklärt Jade Ramírez vom Journalistennetzwerk Periodistas de a Pie das Vorgehen der Politik (Ramírez 2016). Mithilfe regierungsnaher Medien gelingt es sodann, ein Bild zu zeichnen, das Journalist_innen stigmatisiert und ihre Arbeit als unethisch darstellt. Die Kriminalisierung kritischer Medienschaf-

Jade Ramírez Cuevas leitet die Arbeitsgruppe zu Pressefreiheit beim Netzwerk für investigativen Journalismus Periodistas de a Pie. Bis 2015 war sie Mitglied des Beobachtungsgremiums im Rahmen des Gesetzes zum Schutz für Menschenrechtsverteidiger_innen und Journalist_innen.

fender diffamiert ihre Arbeit, verletzt ihre Glaubwürdigkeit und reduziert die Reichweite kritischer Informationen.

Weil ihre Arbeit systematisch abgewertet wird, können viele Journalist_innen nur mit wenig Rückhalt aus der Bevölkerung rechnen. Eine derartige Strategie bewirkt, dass Eingriffe in die Presse- und Informationsfreiheit leicht zu rechtfertigen sind, wenn man sich auf erfundene kriminelle Verbindungen beziehen kann. Im Fall Lemus hingegen kam es doch noch zur Wende. Da «keine Zweifel bestehen, dass er keine Beziehungen zum Drogenhandel oder dem organisierten Verbrechen pflegt», sprach das Gericht Lemus «in allen Anklagepunkten» frei. Zu diesem Zeitpunkt saß er bereits drei Jahre im Gefängnis (Reporteros Sin Fronteras 2011).

2.4 Politische Kosten

Marta Durán erklärt, dass die Art der Bedrohung, die Journalist_innen erfahren, «von deren Profil abhängt und welches Netzwerk sich im Falle einer Aggression mobilisieren würde». Reporter_innen, die in abgelegenen Regionen arbeiten, «können daher ohne öffentliche Aufmerksamkeit zu Opfern von Gewalt werden», so Durán, die bereits selbst Morddrohungen erhalten hat (Durán 2016). Verfügt ein_e Reporter_in über einen hohen Bekanntheitsgrad und arbeitet womöglich auch für internationale Medien oder Organisationen, sinkt die Wahrscheinlichkeit, direkte körperliche Gewalt zu erfahren oder gar ermordet zu werden. Zusammengefasst sind die zu erwartenden politischen Kosten eine entscheidende Variable für das Ausmaß der Gewalt. Ungleich welche Art von Gewalt Medienschaffende erfahren, wird ersichtlich, dass Politiker_innen über ein großes Repertoire an unterschiedlichen

Strategien verfügen, um die Verbreitung bestimmter Informationen zu verhindern. Dennoch nehmen täglich unzählige Journalist_innen diese Situation zum Anlass, um die Presse- und Informationsfreiheit zu verteidigen.

2.5 Emanzipative Schutzmechanismen

Trotz der scheinbar ausweglosen Situation struktureller Gewalt und Repression gegen Journalist_innen zeichnet sich seit einigen Jahren eine Entwicklung ab, bei der sich Medienschaffende in Netzwerken und Kollektiven organisieren. Der Ansatz ist simpel: Je isolierter einzelne Journalist_innen arbeiten, desto anfälliger sind sie für Aggressionen, wenn sie sich für eine unbequeme Berichterstattung entscheiden. Ein effektiver Schutz vor Gewalt und Bedrohung sind daher Journalistennetzwerke, in denen nicht nur Informationen ausgetauscht, sondern auch kollektive Schutzmaßnahmen getroffen werden und jede_r «ein Auge auf die anderen hat und die anderen ein Auge auf mich haben» – so beschreibt Jade Ramírez die Logik der Netzwerke (Ramírez 2016). Hier findet ein Prozess statt, bei dem sich Medienschaffende zunehmend ihrer gemeinsamen Situation bewusst werden. Angesichts dieser Strategie gewinnen unabhängige Medien nicht nur an Stärke, sondern erreichen eine höhere Reichweite und fördern eine mediale Pluralität.

Auch wenn die Arbeit in Kollektiven dazu führt, dass Reporter_innen ein Stück Sicherheit zurückgewinnen, wird dennoch deutlich, wie sehr diese in ihrer eigenen Verantwortung liegt, weil kaum Strukturen existieren, auf die man im Zweifelsfall zurückgreifen könnte. Vielmehr existiert in Mexiko eine systematische Zensur, die

mit Gewalt und Vehemenz flexibel auf alle Situationen kritischer Berichterstattung reagiert. Das Ausmaß der Gewalt legt ein System offen, in dem zum Erhalt des Machtgefüges kein Preis zu hoch ist. Aggressionen gegen Journalist_innen sind daher nicht nur Angriffe gegen eine bestimmte Personengruppe, sondern gegen eine ganze Gesellschaft, der das Recht auf Informationsfreiheit auf brutale Weise und mit verheerenden Konsequenzen entzogen wird.

2.6 «Gesetz zum Schutz für Menschenrechtsverteidiger_innen und Journalist_innen»

Vor vier Jahren konnten zivilgesellschaftliche Organisationen mit Unterstützung der Kommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen ein Gesetz zum Schutz für Journalist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen auf den Weg bringen, das im Juni 2012 vom mexikanischen Kongress verabschiedet wurde. Es soll zunächst Schutz und ein sicheres Umfeld für Personen garantieren, die kritische Informationen verbreiten oder sich für den Schutz von Menschenrechten einsetzen und damit einer erhöhten Gefahr ausgesetzt sind.

Das Gesetz sei insbesondere ein Instrument der Zivilgesellschaft, um im Fall einer Bedrohung Schutz einfordern zu können, definiert Alejandro Cerezo von der Menschenrechtsorganisation Acuddeh (Acción Urgente para Defensores de Derechos Humanos) die grundlegende Funktion des Mechanismus. Ziel sei nicht, durch präventive Maßnahmen die Verpflichtungen des Staates zu ersetzen. Denn die Zivilgesellschaft dürfe nicht die Verantwortung für staatliches Versagen übernehmen, indem Schutz und Prävention von Gewalt gegen Journalist_innen

und Menschenrechtsverteidiger_innen in das Tätigkeitsfeld von zivilen Akteur_innen gelegt würde. Es ginge vor allem darum, ein Instrument auf rechtlicher Ebene zu installieren, um den Staat zur Verantwortung zu zwingen, so der Aktivist (Cerezo 2016).

In dem Gesetz ist ein Mechanismus festgeschrieben, auf den Medienschaffende und Aktivist_innen im Falle lebensgefährlicher Bedrohung im Zusammenhang mit ihrer Arbeit zurückgreifen können. Die Regierung ist dadurch rechtlich dazu gezwungen, Aggressionen gegen Journalist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen wahrzunehmen und entsprechend zu handeln. Damit kann Schutz in Bezug auf die Tätigkeit als Medienschaffende_r oder Aktivist_in nun erstmals rechtmäßig eingefordert werden. Vorher wurde gesetzlich nicht zwischen dem Schutz von Bürger_innen und Medienschaffenden oder Menschenrechtsverteidiger_innen unterschieden, die aufgrund ihrer Tätigkeiten einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind.

Alejandro Cerezo ist Aktivist der Menschenrechtsorganisation Comité Cerezo, das 2012 den Aachener Friedenspreis erhielt und als zentrale Organisation im Kampf um Menschenrechte in Mexiko gilt. Der politischen Verfolgung ausgesetzt, saß er von 2001 bis 2005 in Haft. Comité Cerezo gründete die Organisation Acción Urgente para los Defensores de los Derechos Humanos (Acuddeh), die maßgeblich daran beteiligt war, das Gesetz zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen und Journalist_innen auf den Weg zu bringen.

Auch wenn Befürworter_innen des Mechanismus darin die Möglichkeit erkennen, Zugang zu verbesserten Schutzmaßnahmen zu erreichen, gibt es auch kritische Stimmen. Denn was theoretisch funktioniert, scheitert bei der Umsetzung aus vielerlei Gründen. Neben Problemen wie ungeklärten Zuständigkeiten, fehlender Finanzierung oder mangelnder Koordination verliert das Gesetz vor allem durch den fehlenden politischen Willen, die Situation grundlegend zu verbessern, an Durchsetzungskraft. De facto schränkt der Mechanismus das Leben und die Arbeit der Aktivist_innen dermaßen ein, dass sie in den meisten Fällen dazu gezwungen sind, ihre Arbeit niederzulegen oder auf den Schutz zu verzichten. Beispielsweise muss das Sicherheitspersonal, das in den meisten Fällen von privaten Firmen gestellt wird, immer mit einbezogen werden, egal wo man hinfährt. Dadurch sind Aktivist_innen und Journalist_innen weniger flexibel, was in ihrem Arbeitsalltag sehr wichtig ist. Auch fehlendes Vertrauen in Regierung und Polizei ist oft ein Grund, weshalb viele das Programm nicht in Anspruch nehmen. So verweigerten auch Rubén Espinoza und Nadia Vera die Aufnahme ins Schutzprogramm. Der Fotojournalist und die politische Aktivistin flohen 2015 aufgrund zunehmender persönlicher Bedrohung im Zusammenhang mit ihrer Arbeit aus dem Bundesstaat Veracruz nach Mexiko-Stadt und wurden dort nur wenige Wochen später zusammen mit drei weiteren Frauen brutal ermordet. Kurz vor seinem Tod äußerte Espinoza seine Befürchtung, dass persönliche Informationen über ihn und seine Familie, die in einem Antrag auf Schutz bereitgestellt werden müssen, in die Hände derjeni-

gen gelangen könnten, vor denen er geflohen war. Wenn Aufenthaltsorte, Netzwerke und Daten von Journalist_innen und ihnen nahestehenden Menschen nicht ausreichend geschützt werden können, birgt der Mechanismus für viele mehr Gefahren als Sicherheit. Das Vertrauen Espinozas in die Behörden war so gering, dass er nicht das Schutzprogramm in Anspruch nahm, sondern in die Hauptstadt floh, die bis zu seiner Ermordung als sicherer Ort für regierungskritische Aktivist_innen und Journalist_innen galt.

Jade Ramírez legte vor mehr als einem Jahr ihre Mitgliedschaft im Beobachtungsgremium nieder, das als zivile Instanz Einhaltung und Durchsetzung des Gesetzes überwacht. Die Journalistin macht für das Scheitern des Mechanismus absichtliche Fahrlässigkeit und fehlende Transparenz verantwortlich. «Das Gesetz ist nach internationalen Standards perfekt erarbeitet und definiert sogar Sanktionen. Das Problem ist die Umsetzung», erläutert sie ihre Entscheidung (Propuesta Cívica & Centro de Justicia para la Paz y el Desarrollo 2015). Sie kritisiert, dass nicht zu erkennen sei, dass das Gesetz von der Regierung ernst genommen werde. Nicht nur weil die Durchführung immer wieder scheitert, sondern vor allem weil das Scheitern keine Konsequenzen nach sich zieht, formiere sich deshalb auch Kritik aus den eigenen Reihen. Denn «kein einziger verantwortlicher Beamter wurde bisher aufgrund der fehlschlagenden Umsetzung sanktioniert», kritisiert Ramírez (ebd.).

Die mangelhafte Umsetzung des Gesetzes und der fehlende politische Wille sollten allerdings nicht mit dem grundlegenden Ziel vermengt werden, die Regierung zur Verantwortung zu ziehen. Durch

den Schutzmechanismus gelingt es zwar nicht, die Gewalt gegen Journalist_innen zu beenden, dennoch erreichten die Initi-

ator_innen ein zentrales Ziel im Kampf um Gerechtigkeit: Anerkennung von Verantwortung seitens der Autoritäten.

3 STRAFLOSIGKEIT UND MACHTVAKUUM

Obwohl immer mehr Initiativen zum Schutz von Medienschaffenden existieren, sind kritische Journalist_innen Tag für Tag mit enormer Gewalt konfrontiert. Je gefestigter die Strukturen zwischen Politik, Unternehmen und organisierter Kriminalität sind, desto schwieriger ist die Arbeit, die Öffentlichkeit mit verlässlichen Informationen zu versorgen. Da Fälle bedrohter, ermordeter oder verschwundener Reporter_innen meist nicht ermittelt werden, sorgt eine hohe Straflosigkeit dafür, dass sich Verbindungen zwischen dem organisierten Verbrechen und der Politik von der lokalen bis zur nationalen Ebene festigen können. Denn Verantwortliche behalten ihre Funktionen bei und führen illegale Geschäfte weiter ungehindert, egal welches Amt sie letztlich bekleiden. In Mexiko werden schätzungsweise 99 Prozent aller Straftaten rechtlich nicht sanktioniert. Diese Situation resultiert zum einen aus einem fehlenden Vertrauen in Staat und Polizei und erklärt, wieso viele Menschen, die Opfer von Gewalt wurden, keine Anzeige stellen. Durchschnittlich werden lediglich sieben von 100 Straftaten tatsächlich zur Anzeige gebracht (Le Clercq/Sánchez 2016). Zum anderen führen ineffiziente Ermittlungen und der Schutz von Täter_innen vor allem bei Gewaltverbrechen dazu, dass viele Fälle nicht aufgeklärt werden.

Es stellt sich daher die Frage, wie es zu diesem Ausmaß an Straflosigkeit kom-

men konnte, welche Auswirkungen es auf die Situation der Gewalt insgesamt hat und welche Rolle dabei kritischen Medien zukommt. Das Phänomen der Straflosigkeit ist komplex und nur schwer zu erfassen. Ebenso sind es vielfältige Ursachen, die diese Situation ermöglicht haben. Als zentraler Faktor ist jedoch die «perfekte Diktatur» unter der Partei der Institutionellen Revolution (PRI) hervorzuheben, die über sieben Jahrzehnte den Nährboden für das heutige Ausmaß an Gewalt bereitet hat.

Von 1929 bis 2000 stellte ausschließlich die PRI den mexikanischen Präsidenten und verfügte zusätzlich über die Macht in fast allen Bundesstaaten. So wurde die Herrschaft zwar nicht von einer einzelnen Person, sondern von einer Partei ausgeübt, dabei wurde jedoch eine politische Strategie verfolgt, die mit einer Diktatur vergleichbar ist. Niederschlagen von Protesten, Kriminalisierung sozialer Bewegungen und Verschwindenlassen kritischer Oppositioneller wurden zu Merkmalen des Einparteienregimes.

So erkannten die Partei und ihre Verbündeten in der mexikanischen Oligarchie auch das Potenzial der Medien und taten es den Diktaturen in anderen südamerikanischen Ländern gleich: Es kam zur systematischen Manipulation der Presse – nicht nur, indem Medienschaffende verfolgt wurden, sondern auch, indem die Regierung das Medienunternehmen Televisa aufbaute, das noch heute als

Sprachrohr der PRI die öffentliche Meinung maßgeblich beeinflusst.

3.1 Der «Krieg gegen die Drogen»

Nach unzähligen Menschenrechtsverletzungen und Korruptionsskandalen kam es zur Jahrtausendwende zu einem politischen Machtwechsel. Im Jahr 2000 verlor die PRI erstmals die Präsidentschaftswahlen und wurde von der Partei der Nationalen Aktion (PAN) abgelöst, die bis 2012 für zwei Legislaturperioden die Regierung stellen sollte. Dabei handelt es sich um eine Partei, die eine erzkonservative Klientel vertritt und sich 1939 aus Eliten der katholischen Kirche und Unternehmern gründete. Eine progressive Politik, die für wichtige gesellschaftliche Fortschritte eintritt, war also nicht zu erwarten. Heute gilt die PAN als genauso korrupt und klientelistisch wie die PRI. 2006 wurde Felipe Calderón (PAN) mit hauchdünner Mehrheit zum mexikanischen Präsidenten ernannt. Sein Versprechen, für mehr Sicherheit zu sorgen und gegen das organisierte Verbrechen vorzugehen, setzte Calderón mit dem sogenannten Krieg gegen die Drogen um, der als beispielloser Gewaltexzess in die jüngste Geschichte des Landes eingehen sollte. Ohne erkennbare Strategie wurden zentrale Akteur_innen der organisierten Kriminalität verhaftet, ermordet oder man hat sie verschwinden lassen. Der Versuch, das Problem mit purer Gewalt zu lösen, führte dazu, dass Kartelle zerschlagen wurden, was zu blutigen Machtkämpfen auch innerhalb der organisierten Kriminalität führte. In der Folge formierten sich teilweise neue Kartelle, die in Brutalität und Skrupellosigkeit keine Grenzen erkennen lassen und ihr Geschäft um Ressourcenhandel, Zwangsprostitution

und Menschenhandel noch erweitert haben.

Die Willkür der Gewalt führte dazu, dass alle gegen alle kämpften und nur noch das eigene Überleben zählte, erklärt Daniela Pastrana, Vorstandsmitglied bei Periodistas de a Pie. Da seitens der Regierung nie eindeutig definiert wurde, gegen wen oder was genau sich der Drogenkrieg richtete, entwickelten sich diffuse Interpretationen dessen, wogegen man kämpfte. Es entstand eine generelle Legitimation von Gewalt, die sich in einer brutalen Politik gegen Menschenrechtsverteidiger_innen und Journalist_innen äußerte (Pastrana 2016). So wurden unter dem Deckmantel des «Kriegs gegen die Drogen» Oppositionelle verhaftet, ermordet oder entführt und sind seither verschwunden. Allein von 2007 bis 2009 kam es zu 644 willkürlichen Verhaftungen von Menschenrechtsverteidiger_innen, während im Jahr 2006 lediglich zwei Fälle registriert worden waren (Acuddeh 2016: 60). Diese Zahlen offenbaren, wie die Bekämpfung des Drogenhandels seitens des Staates instrumentalisiert wurde, um kritische Akteur_innen der Zivilgesellschaft auszuschalten.

Jade Ramírez ist der Meinung, dass sich Mexiko unter der Präsidentschaft Cal-

Daniela Pastrana arbeitet als freie Journalistin zu den Themen Menschenrechte und soziale Bewegungen. Sie war an mehreren Buchpublikationen beteiligt und schrieb u. a. für die bekannte mexikanische Tageszeitung *La Jornada*. Seit 2010 gehört sie dem Vorstand von *Periodistas de a Pie* an, einem Netzwerk unabhängiger Medienschaffender für investigativen Journalismus.

deróns zu einem *failed state* entwickelte: «Staatliche Strukturen haben sich im Drogenkrieg aufgelöst, der ohne Zustimmung der Bevölkerung gegen das organisierte Verbrechen begonnen wurde.» Dabei sei nicht einmal klar gewesen, wer genau hinter dem Drogenhandel steckte. «Die Situation geriet somit völlig außer Kontrolle und Mexiko wurde zu einem gescheiterten Staat», schätzt Ramírez die Situation unter der Regierung Calderón ein (Ramírez 2016). Das Konzept des gescheiterten Staates (*failed state*) beschreibt eine Situation, in der Regierung und staatliche Institutionen meist nicht in der Lage sind, für Sicherheit oder den Schutz von Menschenrechten zu sorgen. Die regierungskritische Menschenrechtsorganisation Comité Cerezo, in der auch Alejandro Cerezo aktiv ist, geht bei der Einschätzung der Rolle des Staates noch weiter. Da die mexikanische Regierung an Menschenrechtsverletzungen beteiligt war, beschreibt das Comité die Situation als Staatsterrorismus. Denn Folter, extralegale Hinrichtung oder willkürliche Festnahmen sowie ein überaus mächtiges Militär, das gleichwohl öfter im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen als mit Schutz der Zivilgesellschaft in Erscheinung tritt, zeugen nicht von einem Staat, dem die Mittel fehlen, seiner Verantwortung nachzukommen. Im Gegenteil: Die mexikanische Regierung nimmt eine aktive Rolle ein und trägt einen großen Teil der Verantwortung der Gewalt gegen Journalist_innen und Menschenrechtsaktivist_innen (Comité Cerezo 2015). Während der zwei Legislaturperioden gelang es der PAN nicht, die autoritären politischen Strukturen zu verändern, die die PRI nach ihrer Einparteienherrschaft hinterlassen hatte. Stattdessen nutzte

sie die schwachen rechtsstaatlichen Institutionen, um einen Krieg gegen Dissidenten und Kartelle zu führen. Zusätzlich kam es zu verstärkten Einsätzen des Militärs im Innern des Landes, wodurch das Klima der Angst und Machtlosigkeit gegenüber Staat und Politik gefördert wurde, da nun zunehmend Soldaten gegen soziale Bewegungen vorgingen.

3.2 Die Rückkehr der PRI

Im Jahr 2012 kam es erneut zu einem politischen Machtwechsel, bei dem die PRI mit dem Kandidaten Enrique Peña Nieto die Präsidentschaftswahlen gewann. Pastrana erklärt im Interview, dass sich die eskalierende Gewalt während der Regierung Calderóns seither noch stärker gegen regierungskritische Kräfte wendet. «Wo heute Widerstand entsteht, kommt es immer auch zu Gewalt», so Pastrana (Pastrana 2016). Am besten lässt sich dies an den Lehrerprotesten beobachten, die 2016 im ganzen Land stattfanden. Eine gut organisierte und vernetzte Lehrgewerkschaft (CNTE) demonstrierte über Monate regelmäßig zu Tausenden nicht nur in der Hauptstadt, sondern vor allem auch in den Großstädten der Bundesstaaten Chiapas, Oaxaca und Michoacán. Der Protest richtete sich gegen eine geplante Bildungsreform, die eine erhebliche Gefahr für öffentliche Bildungseinrichtungen darstellen könnte, da die geplanten Maßnahmen der Regierung unter anderem eine Privatisierung öffentlicher Schulen ermöglichen würden (Hernández Navarro 2016). Bei den Protesten gegen die Reform sind mindestens acht Zivilist_innen getötet worden. Im Süden des Landes kam es regelmäßig zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstrant_innen und der Bundespolizei, die noch durch

das Militär unterstützt wurde. «In Mexiko herrscht ein historischer Autoritarismus», beschreibt Muñoz die Machtstrukturen des Landes. Dieser würde nicht mehr nur von der PRI ausgeübt, sondern auch von den anderen Parteien und sei zudem in allen Bereichen des Alltags gegenwärtig. Der Handlungsspielraum regierungskritischer Kräfte sei damit enorm eingeschränkt (Muñoz 2016). Die Bildungsproteste sind nur ein Beispiel für die repressive Politik gegen soziale Bewegungen und kritische Aktivist_innen, die ein System infrage stellen, das Macht nur durch Stärke und Gewalt abzusichern vermag. Hinzu kommen die Verbindungen des Staates mit der organisierten Kriminalität. «Zentrales Merkmal des organisierten Verbrechens sind die Verbindungen zu Politik oder Wirtschaft. Dabei existiert in Mexiko die Besonderheit, dass die organisierte Kriminalität in manchen Regionen die Funktionen des Staates übernimmt.» (Durán 2016) Indem illegaler Handel wirtschaftliche Prozesse in Gang setze, die für viele Bürger_innen in der jeweiligen Region Haupteinkommensquelle sind, werde das Phänomen der organisierten Kriminalität in Teilen des Landes zu einem zentralen Wirtschaftsfaktor. Durch die komplexen Verstrickungen zwischen Staat und kriminellen Organisationen ist nicht mehr auszumachen, wer welche Interessen verfolgt, wodurch kritische zivile Akteur_innen schnell zwischen die Fronten geraten, wenn sie Ungerechtigkeit oder Korruption anklagen (vgl. Durán 2016).

3.3 Reproduktion von Gewaltmustern

In Mexiko herrscht ein öffentlicher Diskurs, der eindeutig «die Guten» und «die Bösen» definiert. Wer durch Wahlen ver-

meintlich legitimiert ist, gehört zu den Guten. Das organisierte Verbrechen ist für alles andere, das Böse, verantwortlich, so der offizielle Konsens (vgl. Pastрана 2016). Bei der Aufklärung von Verbrechen werden daher häufig keine schlüssigen Ermittlungen präsentiert, sondern widersprüchliche Ergebnisse vorgetragen. So erweist sich die Strategie der Staatsanwaltschaft, die organisierte Kriminalität für Verbrechen gegen Journalist_innen und Aktivist_innen verantwortlich zu machen, als erfolgreiches Vorgehen, um Motive zu verschleiern und die eigentlichen Täter_innen zu schützen. Die journalistische Tätigkeit des Opfers wird nicht als Motiv für ein Verbrechen gewertet und dementsprechend außen vor gelassen. Damit wird eine Realität konstruiert, die nicht nur Ursachen verschleiert, sondern Journalist_innen kriminalisiert, indem ihnen unterstellt wird, Verbindungen zu kriminellen Machenschaften gepflegt und damit unverantwortlich gehandelt zu haben. Die Rolle staatlicher Akteur_innen bleibt außen vor.

«Es ist leicht, ein Kartell zu beschuldigen und zu sagen: Die Zetas [eines der mächtigsten Drogenkartelle Mexikos] waren es. Zu den Zetas gehören aber unzählige Personen», kritisiert Durán das Vorgehen der Staatsanwaltschaft (Durán 2016). Wenn Täter_innen nicht eindeutig identifiziert werden, sondern auf undurchsichtige Strukturen verwiesen wird, verschwimmt die Verantwortung. Ein Fall wird abgeschlossen, indem irgendjemand verurteilt wird, und die Ermittlungen vertagt und eingestellt werden. Es existieren Fälle, bei denen nicht einmal die Fingerabdrücke der Verurteilten mit denen am Tatort übereinstimmen. Hinzu kommt, dass ein Großteil der Aggressio-

nen gegen Medienschaffende von staatlichen Akteur_innen ausgeht (Artículo 19 2016 b).

Die Ermordung einer Journalistin wird beispielsweise nicht im Zusammenhang mit ihrer Berichterstattung untersucht, sondern als Einzelfall ermittelt, wodurch die Motive ins Private des Opfers verschoben werden. «Die Realität der Medienschaffenden wird nicht thematisiert, nicht angesprochen und existiert somit nicht», beschreibt Marta Durán das Vorgehen. Es sei schwer, etwas einzuklagen, das offiziell nicht existiert (Durán 2016). Diese Praxis verschleiern, dass eine bestimmte Gruppe von Personen, der das Veröffentlichen unbequemer Informationen gemein ist, von ähnlichen Gewaltmustern betroffen ist und folglich systematisch bedroht wird.

Dabei entlarven sich Regierung und Staatsanwaltschaft selbst, wenn sie die Verantwortung für Gewalt gegen Medienschaffende umlenken. Denn es ist keine lückenlose Aufklärung der Ereignisse möglich, ohne in den Fall Involvierte aus den eigenen Reihen zu präsentieren. Die Komplexität unterschiedlicher Interessen und politischer Strukturen in ein simples Gut-Böse-Spiel zu verkehren, wird durch einen offiziellen Diskurs ermöglicht, der dieses Vorgehen nicht nur legitimiert, sondern kontinuierlich reproduziert. Die Fälle ermordeter Journalist_innen bleiben damit meist unaufgeklärt und reihen sich in die Statistik der Straflosigkeit ein.

«Es wird nichts passieren.» Das sei die grundlegende Annahme, die durch die hohe Straflosigkeit reproduziert werde, erklärt Durán. In der Regel brauche man nichts zu befürchten, wenn man ein Verbrechen begeht, oder nur eine verhältnismäßig geringe Strafe. So lange sich an

dieser Realität nichts ändere, würde auch die Gewalt gegen Medienschaffende nicht zurückgehen, so die Einschätzung der Soziologin (ebd.).

Fehlende Transparenz und die gezielte Verschleierung von Verantwortung führen dazu, dass sich die Muster der Gewalt wiederholen. Bestehend aus organisiertem Verbrechen und Politik existiert in Mexiko ein Machtgefüge, das die Grundlage der Straflosigkeit bildet. Es herrscht eine Art stilles Einvernehmen, dass bestimmte Fälle nicht aufgeklärt werden, um dieses Machtgefüge nicht zu gefährden. 99 Prozent Straflosigkeit sind das Ergebnis einer institutionalisierten Korruption, deren Dimensionen nicht mehr auszumachen sind. Man kann deshalb durchaus von einer organischen Verbindung zwischen Staat und organisiertem Verbrechen sprechen. Dadurch ist ein gesellschaftliches Klima entstanden, in dem sich Gewaltmuster wiederholen und im Laufe der Zeit naturalisieren, weil sie alltäglich direkt sowie indirekt gelebt werden.

Durch die ständige Bedrohung und Angst kann Straflosigkeit zusätzlich zu einer sozialen Kontrolle werden, die Gesellschaftsstrukturen und Verhaltensweisen bestimmt, weil Verantwortliche weder moralische noch rechtliche Sanktionen befürchten müssen. Es handelt sich nicht nur um die Abwesenheit von Bestrafung, sondern um einen Multiplikator alltäglicher Gewalt. Straflosigkeit wird so Stück für Stück Teil der Kultur, in der Institutionen und soziale Verhaltensweisen (wie beispielsweise das Nichtanklagen von Aggressionen und Gewalt oder die Entscheidung zur Selbstzensur) eine Einheit bilden. Strukturelle Gewalt und Machtverhältnisse werden dadurch stabilisiert und reproduziert.

Es wird deutlich, dass die Straflosigkeit ein entscheidender Faktor für Gewalt und Kriminalität ist. Während Teile staatlicher Institutionen kollabieren und ein Machtvakuum hinterlassen, in dem rechtsstaatliche Normen kaum noch Wirkung besitzen, erlangt Korruption die Kontrolle über das politische und damit auch über das gesellschaftliche Geschehen. Gewalt ist dabei dermaßen alltäglich, dass sich soziale Strukturen anpassen. Eine kritische Öffentlichkeit wird im Keim erstickt. Denn soziale Strukturen, die kritische Debatten zulassen, sind schwach und unterliegen einer Vielzahl von Repressionen.

Dennoch regt sich Widerstand in Mexiko. Dieser richtet sich insbesondere gegen die aktuelle Regierung, die immer mehr an Rückhalt verliert, nicht zuletzt, weil man sie für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich macht. Der schwindende Rückhalt in der Bevölkerung wurde zuletzt im Juni 2016 deutlich, als die PRI in mehreren Bundesstaaten die Gouverneurswahlen verlor. In einigen hatte seit der Revolution Anfang des 20. Jahrhunderts nie eine andere Partei regiert. Auch wenn die rechtskonservative PAN die meisten Gouverneurswahlen vergangenen Juni gewann, gelang es der noch jungen Mitte-Links-Partei Bewegung der Nationalen Erneuerung (Morena) als zweitstärkste Kraft in vielen Bundesstaaten das traditionelle politische Spektrum aufzubrechen. Die Gouverneurswahlen wurden bereits im Vorfeld als richtungsweisend für die Präsidentschaftswahlen 2018 diskutiert. Mit den abgelösten Regierungen um die PRI zeichnet sich eine Veränderung im politischen Machtgefüge ab. Auch wenn die PRI nun mit einem erheblichen Imageschaden zu kämpfen hat und Morena für

viele ein Hoffnungsträger ist, bleibt abzuwarten, wie sich die Situation in den kommenden zwei Jahren entwickeln wird.

Während die politische Elite immer stärker in die Kritik gerät, drücken die Mexikaner_innen ihren Unmut zunehmend in Protesten und Bewegungen aus. Die Eltern der Verschwundenen, die Mütter ermordeter Frauen und nicht zuletzt die unabhängige Lehrgewerkschaft (CNTE), die kontinuierlich gegen die geplante Bildungsreform kämpft und die neoliberale Politik der Regierung radikal kritisiert, sind kleine Zellen des Widerstands und Ausdruck zunehmenden Unmuts über Korruption, Straflosigkeit und Gewalt. Es ist zu erkennen, dass sich die Menschen stärker und besser organisieren, da sie sich bewusst werden, dass die Gewalt, die ihnen täglich widerfährt, nicht ihr individuelles Schicksal ist, sondern Konsequenz eines strukturellen Machtmissbrauchs durch politische Eliten.

3.4 Internationale Wettbewerbsfähigkeit

In diesem Kontext darf nicht versäumt werden, die Entwicklungen auch in einem globalen Rahmen zu analysieren, da internationale Interessen eine ebenso wichtige Rolle spielen. Gloria Muñoz macht für die Menschenrechtsverletzungen, in deren Kontext auch die Situation der Medienschaffenden zu verorten ist, eine neoliberale Ordnung verantwortlich, bei der seit mindestens drei Jahrzehnten Sozial- und Wirtschaftspolitik zugunsten wirtschaftlicher und politischer Akteur_innen repressiv durchgesetzt wird. Das durch kapitalistische Kräfte hervorgerufene Paradigma der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bildet einen zentralen Bezugspunkt der gegenwärtigen

tigen Politik und genießt gleichzeitig einen breiten Zuspruch in der Gesellschaft (Brand 2000). In dieser Logik ist Mexiko ein willkommener Handelspartner, weil Unternehmen von den niedrigen Umweltstandards, Löhnen und geringem Arbeitsschutz profitieren. Mit einer liberalen Wirtschaftspolitik und dem Abbau von Regulierungen signalisiert die mexikanische Regierung den internationalen Handelspartnern zusätzlich eine große Bereitschaft, derartige Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen.

Die Auswirkungen bekommen die Menschen im ländlichen Raum besonders schmerzhaft zu spüren. Konkret bedeutet das zum Beispiel den Bau von Staudämmen, durch die den umliegenden Gemeinden und landwirtschaftlichen Betrieben das Wasser entzogen wird. Oder die Förderung von Großminen, durch die nicht nur Waldrodung und Bodenverseuchung entstehen, sondern Kleinbäuerinnen und -bauern sowie Indigenen der Lebensraum entzogen wird, was erheblich zu Landflucht und Migration beiträgt. So werden wirtschaftliche Strukturen zugunsten transnationaler Unternehmen und einflussreicher Staaten verschoben und zementieren eine Logik, in der wirtschaftspolitische Interessen den Grundrechten der Bürger_innen übergeordnet sind. Unter diesen Bedingungen wird es zunehmend schwer, emanzipatorische Kräfte zu mobilisieren, während Minderheiten immer stärker marginalisiert werden.

Die Ursachen und Auswirkungen dieser Praktiken offenbaren, wie klein die kritische Öffentlichkeit in Mexiko ist. Vor diesem Hintergrund sind unabhängige Medien umso wichtiger, denn auf der Ba-

sis von Presse- und Informationsfreiheit können Praktiken entwickelt werden, die stärker sind als das derzeitige Machtgefüge – auch wenn die aktuelle repressive Politik gegen Kritiker_innen und Oppositionelle Prozesse dieser Art in weite Ferne rücken lässt.

3.5 Störfaktoren im politischen Machtgefüge

Kritische Journalist_innen dokumentieren nicht nur Fakten, Gewalt und Ungerechtigkeit, sondern decken die Interessen mächtiger Gruppen auf und analysieren die Zustände der Gegenwart. Eine unabhängige Presse ist daher das Fundament für die Bekämpfung von Straflosigkeit. Es werde deutlich, dass Journalist_innen zu «Störfaktoren im politischen Machtgefüge korrupter Interessengruppen» werden, beschreibt Ramírez ihre Rolle und die ihrer Kolleg_innen (Ramírez 2016). Medienschaffende bewegen sich in Mexiko auf einem schmalen Grat zwischen den Interessen des organisierten Verbrechens, der Politik, der Bevölkerung und nicht zuletzt der Wahrheit. Wenn kritische Journalist_innen zu «Störfaktoren» werden, weil sie Interessen der Eliten aufdecken, verfügen sie allerdings auch über die Fähigkeit, Impulse für eine gesellschaftliche Transformation zu geben. Denn indem Interessen und Strategien an die Öffentlichkeit gelangen, wird korruptes Handeln von Politiker_innen, Unternehmen oder Parteien als illegitim enttarnt, und das verdeckte Spiel der organisierten Kriminalität tritt zutage. Dies kann zum Machtverlust jener Politiker_innen oder Parteien führen, die ihren Einfluss nur durch die Zensur der Wahrheit aufrechterhalten können.

«Sie sprechen von den Lehrer_innen und bezeichnen sie als die schlimmsten Verbrecher. Wenn sie über den internationalen Drogenboss El Chapo Guzmán berichten, ist er der Held.» Mit dieser Aussage bringt Gloria Muñoz die Dimension der Definitionsmacht der Massenmedien auf den Punkt (Muñoz 2016). Die Proteste gegen die geplante Bildungsreform, die den öffentlichen Bildungssektor für private Investitionen öffnen soll, wurden von den großen Fernseh- und Radioprogrammen verschwiegen oder gar kriminalisiert. Die Forderungen der Lehrer_innen kommen in den wenigsten Fällen zur Sprache. Dieser mediale Umgang spiegelt sich auch in der Meinung vieler Mexikaner_innen wieder. «Die sind korrupt und verdienen haufenweise Geld», liest man online in den Kommentaren unter Artikeln oder bei Twitter über die unabhängige Lehrgewerkschaft Nationale Koordination für Bildungsarbeiter_innen (CNTE). Hier wird deutlich, wie durch die Kooperation von Massenmedien und Politik nicht nur einzelne Proteste, sondern oppositionelle Kräfte generell diffamiert werden. Die Logik der meisten Menschen ist: Die sogenannte Bildungsreform, auf die weder Pädagog_innen, Schüler_innen noch Eltern Einfluss hatten, kann gesetzlich verabschiedet werden, weil die Gewerkschaft korrupt ist. Dass sie von einer Regierung konzipiert wurde, die Korruption institutionalisiert hat, wird ausgeklammert.

El Chapo Guzmán hingegen ist einer der mächtigsten Drogenbosse weltweit und genießt trotzdem bei vielen Mexikaner_innen große Popularität. Ihm gelang es 2015, unbemerkt aus einem Hochsicherheitsgefängnis in Mexiko auszubre-

chen. Nach seiner Flucht durch einen Tunnel, der unmittelbar von seiner Zelle zu einer mehrere Kilometer entfernten Hütte führte, hielt sich die Empörung in Grenzen. Obwohl es sich um einen verurteilten Drogenboss handelt, der für die Machenschaften eines der mächtigsten Kartelle verantwortlich ist, kam es bei seiner Verhaftung zu Protesten, bei denen sich die Menschen mit ihm solidarisierten, um seine Auslieferung an die USA zu verhindern.

Die Konsequenzen eines manipulierten offiziellen Diskurses werden an diesem Beispiel besonders deutlich: Realitäten werden verschoben, indem die Deutungshoheit gesellschaftlicher und politischer Ereignisse bei wenigen einflussreichen Medienkonzernen liegt. Die Mechanismen der Zensur zeigen ihre Wirkung, wenn es gelingt, eine öffentliche Meinung zu generieren, die soziale Proteste diffamiert und Kriminelle glorifiziert. Dennoch «herrscht ein generelles Misstrauen in der Gesellschaft gegenüber Reichen, Parteien oder Politiker_innen». Durán beschreibt damit eine diffuse Erkenntnis innerhalb der Bevölkerung: dass Ungerechtigkeit und Autorität in Mexiko von Eliten ausgeht, die nicht eindeutig zu definieren sind, wie beispielsweise die undurchsichtigen Strukturen des organisierten Verbrechens. «Dieses Misstrauen muss kanalisiert werden, um den Menschen die Augen zu öffnen», fordert die Journalistin (Durán 2016).

4.1 Soziale Kämpfe im Kontext manipulierter Öffentlichkeit

Dem Argument des wachsenden Misstrauens in der Gesellschaft setzt Gloria Muñoz entgegen, dass der trügerische

offizielle Diskurs solidarische Praktiken in der Bevölkerung verhindere, weil ein falsches Bild sozialer Kämpfe gezeichnet werde, und deren Anliegen oft kaum Gehör finden. Damit werde das Potenzial emanzipatorischer Prozesse enorm verringert, weil Fehlinformationen dazu führen, dass Menschen sich ihrer gemeinsamen Situation, die strukturelle Ursachen hat und damit geteilt ist, nicht bewusst werden, sondern sie als individuelles Schicksal begreifen (Muñoz 2016). Der offizielle Diskurs festigt Herrschaftsstrukturen, die für die gegenwärtigen Formen von Ungleichheit und Autorität verantwortlich sind. Damit werden Ungerechtigkeit und Gewalt als natürlich wahrgenommen und nicht als Resultat korrupter Praktiken der Eliten.

Es wird deutlich, dass eine Kombination aus Medienkonzentration und Einfluss mächtiger Eliten nicht nur bei Wahlen problematisch ist, wenn bestimmte Kandidaten medial positioniert werden. Des Weiteren konnte dargelegt werden, dass die Deutungshoheit über gesellschaftliches, politisches und kulturelles Geschehen, die mit brutaler Gewalt verteidigt wird, kritische Debatten verhindert und Aufbegehren unterbindet. Angesichts einer manipulierten Öffentlichkeit kommt unabhängigen Medienprojekten eine zentrale Rolle zu.

Indem Medienprojekte wie *Desinformémonos*, *Periodistas de a Pie* und zahlreiche unabhängige Journalist_innen tagtäglich die Realität in Mexiko dokumentieren, analysieren und kontextualisieren, brechen sie den Alleinvertretungsanspruch der Medienkonzerne. Der Kampf um Anerkennung dieser Art von Berichterstattung ist daher zentral für ei-

ne Gegenoffensive im Ringen um die öffentliche Meinung. Den Menschen müsse bewusst werden, dass Information ein öffentliches Gut ist, fordert Jade Ramírez. Nur so sei es möglich, dass die Solidarität mit unabhängigen Medien wachse. «Es muss allen klar werden, dass unabhängiger Journalismus sehr wichtig für die Bekämpfung von Gewalt und Ungerechtigkeit ist», denn der Zugang zu verlässlichen Informationen sei ein zentrales Werkzeug der Gesellschaft, um sich zu verteidigen (Ramírez 2016). Es geht darum, eine öffentliche Debatte zu fördern, die sich durch Diversität auszeichnet und von den Eigeninteressen der Eliten befreit ist, um Diskurse zu ermöglichen, die frei von der Gewalt existieren können, der täglich unzählige Menschen zum Opfer fallen und die Journalismus zu einem lebensgefährlichen Beruf macht.

Auch wenn nicht alle unabhängigen Medien und Journalist_innen politische Ziele verfolgen, entsteht durch das Zusammenspiel von Basismedien, Online-Nachrichten und einzelnen Printmedien eine Vielfalt an Perspektiven, die eine Wahl zwischen Alternativen zulassen und die vielfältigen Bedürfnisse des sozialen Lebens anerkennen. Während die Reichweite unabhängiger und kritischer Medien derzeit vergleichsweise gering ist, kann seit einigen Jahren dennoch eine stetig zunehmende Resonanz vernommen werden. Die Zunahme unabhängiger Medien, vor allem Online-Publikationen und eine stärkere Organisation der Medienschaffenden, zeugen von dieser Entwicklung. Gleichzeitig sind Medienschaffende und Aktivist_innen einer Situation zunehmender Gewalt ausgesetzt.

Aus der Analyse geht zunächst hervor, dass in Mexiko viele unterschiedliche Formen von Gewalt existieren, um unbequeme Informationen zu zensieren. Diese Formen der Zensur lassen auf ein Machtgefüge schließen, in dem regierungsnahe Massenmedien, Politik und organisiertes Verbrechen eine organische Verbindung eingehen. Diese Allianz der Korruption verfügt über ein breites Repertoire an Möglichkeiten, um eine kritische Berichterstattung zu unterdrücken. Hinzu kommen schlecht oder nicht funktionierende rechtsstaatliche Institutionen, was zu einer enormen Straflosigkeit führt. Aggressionen gegen Medienschaffende bleiben somit nicht nur weitestgehend unbestraft, sondern die Abwesenheit rechtlicher Sanktionen führt zusätzlich zur Reproduktion von Gewaltmustern. In diesem Klima der Angst verliert die mexikanische Zivilgesellschaft in manchen Regionen die Macht einer kritischen Öffentlichkeit.

Des Weiteren kommt es durch die immense Konzentration regierungsnaher Medien zu einer Kontrolle der öffentlichen Meinung, in der kritische Journalist_innen und Aktivist_innen nicht nur diffamiert, sondern häufig sogar kriminalisiert werden. Als Sprachrohr der Eliten haben Massenmedien einen enormen Einfluss darauf, welche Themen wie in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Die Funktion unabhängiger Medien ist daher, nicht nur für Pluralität und Meinungsvielfalt zu sorgen, sondern auch gegen die Deutungshoheit der Multimediakonzerne anzukämpfen, um eine

kritische Öffentlichkeit zu unterstützen. Denn Bedrohung von Journalist_innen bedeutet nicht nur Lebensgefahr für eine Berufsgruppe, sondern auch einen Informationsverlust für die Bevölkerung. Ein freier Zugang zu Informationen ist wiederum die Grundlage demokratischer Prozesse. Marta Durán fordert daher, dass «der Kampf um Pressefreiheit auf allen Ebenen stattfinden» muss (Durán 2016). Denn genau so vielschichtig, wie die Ursachen für fehlende Informationsfreiheit und Gewalt gegen Journalist_innen sind, müssen auch die Antworten darauf lauten. Letztlich ist es der vorherrschende Diskurs, der umgeschrieben werden muss, um die Manipulation der öffentlichen Meinung durch Multimediakonzerne und korrupte Politiker_innen zu bändigen. Eine zentrale Rolle können dabei zukünftig Netzwerke von Medienschaffenden spielen, die nicht nur verlässliche Informationen zugänglich machen, sondern insbesondere Verbrechen gegen Journalist_innen und Aktivist_innen anklagen. Hier besteht das Potenzial, auch international auf die grausamen Verbrechen und ihre Konsequenzen aufmerksam zu machen, was nicht nur die mexikanische, sondern auch ausländische Regierungen unter Druck setzen könnte, die Situation anzuerkennen. Sanktionen und Verurteilungen ließen sich sodann nachdrücklicher einfordern.

Jana Flörchinger arbeitet im Referat Amerika und Vereinte Nationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie studierte Politikwissenschaft in Heidelberg und Mexiko.

QUELLEN UND LITERATUR

Acuddeh (2016): Defender los derechos humanos en México: La normalización de la represión política. Informe junio de 2015 a mayo de 2016, 24.8.2016, Mexiko-Stadt.

Álvarez Iburgüengoitia, José Miguel (2011): Medios comunitarios, desarrollo y democracia, in: Dfensor 10/2011, S. 6–9.

Article 19 (2016 a): Licitación de frecuencias de radio AM y FM debe incrementar pluralidad, 26.7.2016, unter: <http://articulo19.org/licitacion-de-frecuencias-de-radio-am-y-fm-debe-incrementar-la-pluralidad>.

Article 19 (2016 b): Segundo informe trimestral de 2016: un periodista asesinado cada 26 días, 4.8.2016, unter: <http://articulo19.org/en-mexico-se-asesina-a-un-periodista-cada-26-dias>.

Article 19/Fundar (2015 a): El Gasto en publicidad oficial del Gobierno federal en 2014. Análisis de las cifras preliminares del Sistema de Comunicación Social, 11.7.2015, unter: www.fundar.org.mx/mexico/pdf/PublicidadOficialGobiernoFederal2014.pdf.

Article 19/Fundar (2015 b): Libertad de expresión en venta, 22.8.2015 unter: www.fundar.org.mx/mexico/pdf/LibertadDigitalOk.pdf.

Brand, Ulrich (2000): Grenzüberschreitungen, in: Brand, Ulrich/Ceceña, Ana Esther (Hrsg.): Reflexionen einer Rebellion. «Chiapas» und ein anderes Politikverständnis, Münster, S. 8–25.

Cerezo, Alejandro (2016): Alejandro Cerezo im Gespräch mit Jana Flörchinger, Mexiko-Stadt.

Comité Cerezo (2015): Estado Terrorista, 5.6.2015, unter: www.Comitecerezo.org/spip.php?article2177&lang=es.

Desinformémonos (2014): Manual de Periodismo de Abajo, Mexiko-Stadt

Durán, Marta (2016): Marta Durán im Gespräch mit Jana Flörchinger, Mexiko-Stadt.

Hernández Navarro, Luis et al. (2016): ¿Qué hay que saber sobre la Reforma Educativa?, unter: <http://brigadaparaleerenlibertad.com>.

Lagunes, Lucía (2016): Lucía Lagunes im Gespräch mit Jana Flörchinger, Mexiko-Stadt.

Le Clercq Ortega, Juan Antonio/Sánchez Lara, Gerardo Rodríguez (2016): Índice Global de Impunidad México IGI-MEX 2016, Universidad de las Américas de Puebla.

Martínez, Sanjuana (2013 a): Consumidores de sexo comercial, 25.11.2013, unter: www.sinembargo.mx/opinion/25-11-2013/19414.

Martínez, Sanjuana (2013 b): Infierno en el Cadillac: Sexo, Poder y Lágrimas, 2.12.2013, unter: www.sinembargo.mx/02-12-2013/830169.

Muñoz, Gloria (2016): Gloria Muñoz im Gespräch mit Jana Flörchinger, Mexiko-Stadt.

Pastrana, Daniela (2016): Daniela Pastrana im Gespräch mit Jana Flörchinger, Mexiko-Stadt.

Propuesta Cívica & Centro de Justicia para la Paz y el Desarrollo (2015):

La periodista y defensora de derechos humanos Jade Ramírez, renuncia al Consejo Consultivo del Mecanismo de Protección a personas Defensoras de Derechos Humanos y Periodistas, 10.8.2015, unter: www.periodistasdeapie.org.mx/libertad-14.php.

Ramírez Cuevas, Jade (2016):

Jade Ramírez im Gespräch mit Jana Flörchinger, Mexiko-Stadt.

Reporteros Sin Fronteras (2011):

En libertad Jesús Lemus Barajas tras tres años de encarcelamiento sin pruebas, 17.5.2011, unter: www.rsf-es.org/news/mexico-en-libertad-jesus-lemus-barajas-tras-tres-anos-de-encarcelamiento-sin-pruebas.

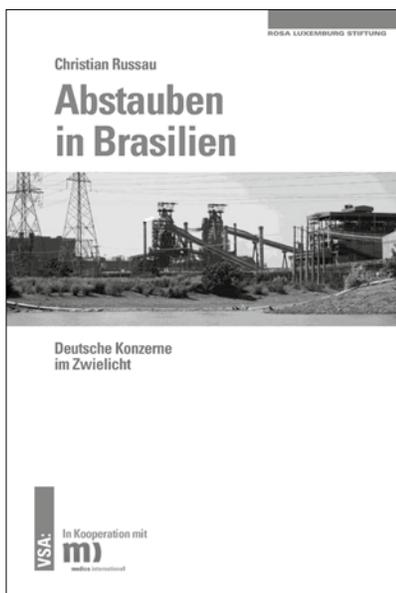
Reporteros Sin Fronteras (2015):

Pedro Canché, ¡al fin libre!, 3.6.2015, unter: <https://rsf.org/es/noticias/pedro-canche-al-fin-libre>.

Tuckman, Jo (2012): Mexican media scandal: secretive Televisa unit promoted PRI candidate, 26.6.2012, unter: www.theguardian.com/world/2012/jun/26/mexican-media-scandal-televisa-pri-nieto.

Zavaleta, Noé (2015): «Pórtense bien», advierte Duarte a reporteros; algunos, «metidos con el hampa», acusa, 30.6.2015, unter: www.proceso.com.mx/409301/portense-bien-advierte-duarte-a-reporteros-algunos-metidos-con-el-hampa-acusa.

AKTUELLE PUBLIKATION



Christian Russau

ABSTAUBEN IN BRASILIEN

DEUTSCHE KONZERNE IM ZWIELICHT

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
in Kooperation mit medico international, 240 Seiten, 16,80 Euro
VSA:Verlag Oktober 2016, ISBN 978-3-89965-721-0

Die Global Player der deutschen Wirtschaft sind alle in Brasilien aktiv. Der Autor geht der Frage nach, wie sie es mit Menschenrechten und Umwelt halten und welche unrühmliche Rolle deutsche Politik und Konzerne während der Militärdiktatur in Brasilien spielten. Dabei waren die deutschen Konzerne nie alleine. Schon früh in den deutsch-brasilianischen Beziehungen offenbarte sich das geschickte Doppelspiel von Wirtschaftshandeln und Politik.



Download unter:
www.rosalux.de/publication/42665

IMPRESSUM

ANALYSEN Nr. 35

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-2951 · Redaktionsschluss: Januar 2017

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

**«Es geht darum, eine öffentliche
Debatte zu fördern und Diskurse
zu ermöglichen, die frei
von der Gewalt existieren
können, der täglich unzählige
Menschen zum Opfer fallen
und die Journalismus zu einem
lebensgefährlichen Beruf
macht. [...] Denn Bedrohung
von Journalist_innen bedeutet
nicht nur Lebensgefahr für
eine Berufsgruppe, sondern
auch Informationsverlust für
die Bevölkerung.»**

JANA FLÖRCHINGER

